Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrage- 35 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 229. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 1. Oktober 1925

Nächtliche Ministerbesprechungen.

Berlin, 29. September.

Die Berichte der deutschen Botschafter in Paris und London über die Vorgänge, die sich anläßlich der Übergabe der deutschen Annahmenote zur Paktkonferenz abgespielt haben, haben Reichskanzler Dr. Luther veranlaßt, noch gestern spät abends eine Ministerbesprechung abzuhalten, der allerdings nicht alle Reichsminister beiwohnen konnten. Die diplomatischen Berichte aus London und Paris wurden in dieser Besprechung eingehend erörtert und neue Instruktionen besonders an Botschafter Hoesch gesandt, der zu wiederholten Malen vom französischen Außenminister Briand empfangen wurde und ihm die Ansichten der deutschen Regierung zur Paktkonferenz mit den dazugehörigen Erläuterungen vortrug.

Im übrigen wird natürlich über die Ministerbesprechungen amtlicherseits strenges Stillschweigen bewahrt; wenn auch in hiesigen politischen und parlamentarischen Kreisen der Gegenstand der nächtlichen Ministerbesprechung lebhaft erörtert wird. So verlautet, daß Briand in seiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter den deutschen Wunsch nach Gleichberechtigung und das Anschneiden des seinerzeit erzwungenen Anerkenntnisses der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege außerordentlich unfreundlich aufgenommen und eine Zurückziehung dieser deutschen Erklärung verlangt habe. Außerdem soll beim Reichskanzler eine ganze Reihe weiterer Punkte zur Sprache gekommen sein, über die schon auf der Juristenbesprechung in London Uneinigkeit herrschte, eine Uneinigkeit, die auch jetzt in derselben Schärfe fortbestände.

Nach den letzten hier vorliegenden Meldungen heißt es, daß von Ententeseite ein Vermittlungsvorschlag in dieser Frage erfolgt sei. Über den Inhalt der Besprechungen der deutschen Botschafter mit den Außenministern der betreffenden Länder soll eine Verlautbarung herausgegeben werden, die allen Beteiligten genehm erscheint und die dem Beginne der Paktverhandlungen den Weg öffnen würde.

•

Aufrollung der Kriegsschuldfrage.

Von unterrichteter politischer Seite wird uns geschrieben:

Der Weg zur Sicherheitskonferenz ist alles andere als eben. Täglich, fast stündlich, ändert sich die Lage, und selbst jetzt, da die Einladung der Entente an Deutschland ergangen ist und von uns durch eine am vergangenen Sonnabend überreichte Note angenommen wurde, ist die Lage noch längst nicht so geklärt, daß man an einen reibungslosen Zusammentritt der Konferenz glauben kann.

Gleichzeitig mit der Note ist dem Vernehmen nach durch die deutschen Botschafter in London, Paris, Brüssel und Rom eine zweite Note verlesen und überreicht worden, die man nach diplomatischem Gebrauch als sogenannte Verbalnote bezeichnet. Sie ist nicht veröffentlicht, wird aber wohl schon deswegen veröffentlicht werden müssen, weil über ihren Inhalt allerhand in die englischen und französischen Kanäle durchgesickert ist. Auf Grund zahlreicher Mitteilungen, vor allem aber natürlich des Wortlautes der deutschen Note vom 20. Juli d. J. sowie der darauf folgenden Ministerreden, dürften namentlich die französischen Mitteilungen über den Inhalt ziemlich richtig sein. Die Verbalnote kennzeichnet sich danach nicht als eine deutungsfähige Ansicht etwa des deutschen Außenministers allein, sondern weit darüber hinaus als eine Stellungnahme der deutschen maßgebenden Stellen. Wenn man den französischen Mitteilungen Glauben schenken darf, so werden in der Verbalnote nicht etwa Vorbedingungen entwickelt, deren Erfüllung nur zu geschehen hat, ehe man an die Verhandlungen über den Sicherheitspakt herangeht, sondern es soll das Verlangen vorliegen, daß in irgendeiner Form die Erfüllung dieser deutschen Wünsche sichergestellt sein muß, weil ohne diese Sicherstellung der Sicherheitspakt ein leeres Wort bleiben würde. Nicht unwahrscheinlich ist es daher, daß die Verbalnote gerade die Punkte berührt, die wir als Vertragsbruch betrachten, nämlich die Nichträumung der Kölner Zone und die Form, in der man die Entwaffnung Deutschlands behandelte; ebenso ist die Art und Weise, wie die Rheinlandkommission regiert, deutscherseits als eine Überschreitung ihrer Befugnisse betrachtet worden und verträgt sich außerdem in ihrer übertriebenen Strenge durchaus nicht mit dem Geiste, auf den sich der Sicherheitspakt gründen soll. Davon ist genau natürlich zu unterscheiden die Frage einer beschleunigten Räumung des besetzten Rheinlandes, wie sie im Artikel 431 des Versailler Vertrages grundsätzlich vorgesehen ist und deren Ausführung an die Erfüllung der Voraussetzung geknüpft ist, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages ausgeführt hat. Das festzustellen und die notwendigen Schlußfolgerungen aus einer eventuellen Bejahung dieser Frage zu tun, wäre natürlich eine Hauptaufgabe der Paktkonferenz.

Nun soll gleichfalls nach französischen Mitteilungen in der Verbalnote auch die Kriegsschuldfrage eine besondere Rolle spielen. Das würde wohl nichts anderes bedeuten, als die an die europäischen Hauptmächte gerichtete deutsche Erklärung, daß sich Deutschland an die im Artikel 231 des Versailler Vertrages aufgestellte Behauptung nicht mehr für gebunden erachtet, wonach Deutschland am Weltkrieg schuld sei. Eine derartige deutsche Mitteilung wäre nichts anderes als die Ausführung einer Erklärung, die im August vergangenen Jahres der Reichskanzler Marx durch das halbamtliche Telegraphenbureau erlassen hat; es hieß damals, daß eine entsprechende Erklärung auch den Signatarmächten des Versailler Vertrages zugehen würde. Jetzt, da man mit den Vertretern der Hauptmächte sich an einen Konferenztisch setzen will, an dem der Schlußstrich unter die Wirkungen und Nachwirkungen der Kriegspsychose gezogen wird, war die Gelegenheit da, die frühere Ankündigung in die Wirklichkeit umzusetzen. Selbstverständlich bedeutet das nun nicht etwa, daß wir von der Gegenseite die Zustimmung zu unserer Auffassung von der Kriegsschuld erlangen, ehe wir uns an diesen Konferenztisch setzen. Wir verhehlen uns nicht, daß diese Stellungnahme Deutschlands eine einseitige ist und übrigens noch durch eine entsprechende Mitteilung auch an die anderen Signatarmächte des Versailler Vertrages ergänzt werden müßte. Die Entente wird aber das eine erkennen müssen, daß wir vor der Konferenz mit dieser Erklärung herausgekommen sind und nicht, wie das von der Gegenseite anläßlich der Londoner Besprechungen 1921 geschehen ist, mitten in den Verhandlungen diese Kampffrage aufwarfen. Wir erwarten also keine Antwort der Entente auf unsere Erklärung; im September vergangenen Jahres haben wir bereits gesagt, daß ein Eintritt in den Völkerbund für uns unmöglich sei, wenn man bei dieser Gelegenheit etwa von uns eine neue Unterschrift unter das Schuldbekenntnis erwartet.

Jetzt ist nach dieser Seite hin eine klare und energische Stellungnahme erfolgt und damit, soweit es Deutschland angeht, jeder Versuch der Entente für uns unannehmbar gemacht, uns Lasten aufzuerlegen, deren Begründung auf die angebliche Schuld Deutschlands am Kriege zurückgeht.

Hindenburg gegen öffentliche Geburtstagsehrungen.

(Amtliche Meldung.) Berlin, 29. September.

Der Reichspräsident hat aus Zeitungsnotizen und Zuschriften davon Kenntnis erhalten, daß Verbände und Vereine beabsichtigen, an seinem bevorstehenden Geburtstag öffentliche Kundgebungen zu veranstalten, und daß sie zur Beflaggung der Häuser auffordern. Der Reichspräsident, der seinen Geburtstag in aller Stille auf dem Lande verbringen wird, bittet in dankbarer Anerkennung der ihm entgegengebrachten freundlichen Gesinnung von diesen Ehrungen, insbesondere der Beflaggung Abstand zu nehmen. Zu dieser Bitte sieht sich der Herr Reichspräsident außer durch persönliche Gründe durch die Erwägung veranlaßt, daß die angeregte Beflaggung zu parteipolitischen Auseinandersetzungen führen und neuen Zwist in unser Volk tragen könnte, dem gerade jetzt Einigkeit und Geschlossenheit besonders nottut.

Endgültig Locarno am 5. Oktober.

Berlin, 30. September. Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erfährt, wird nunmehr die Konferenz über den Sicherheitspakt endgültig in Locarno am 5. Oktober stattfinden. Der Wunsch Italiens, die Konferenz in einer italienischen Stadt stattfinden zu lassen, scheiterte an dem Einspruch einer alliierten Macht. Man ist aber Italien insofern entgegengekommen, als die Konferenz in dem italienisch sprechenden Teil der Schweiz stattfindet. Der französische Außenminister Briand hat mitteilen lassen, daß er bereits am Sonnabend nach Locarno abfährt, Mussolini wird an der Konferenz zunächst nicht teilnehmen, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er im Laufe der Beratungen persönlich erscheinen wird. Die Zusammensetzung der deutschen Delegation wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Die Reichsregierung, sowie auch die alliierten Regierungen haben ihre Delegationen auf das Aeußerste beschränkt. Die Dauer der Konferenz läßt sich heute noch nicht übersehen, es ist aber kaum anzunehmen, daß sich die Fülle der zu lösenden Probleme in kurzer Zeit bewältigen läßt.

•

Frankreichs Antwort auf das Memorandum.

Von der französischen und der englischen Regierung sind hierauf den deutschen Botschaftern in Paris und London nachstehende Antworten zugegangen:

Paris, 29. September.

Die Regierung der Republik hat mit Befriedigung die Antwort erhalten, womit ihr die deutsche Regierung ihre Zustimmung zum Zusammentritt der Konferenz von Locarno mitgeteilt hat. Sie nimmt Vermerk davon, daß diese Zustimmung keinen Vorbehalt enthält.

Die gleichzeitig vom deutschen Botschafter überreichte mündliche Erklärung bezieht sich auf zwei Fragen, die in keiner Weise mit den Verhandlungen von Locarno vermischt werden können, da sie in keiner Beziehung zu der Erörterung des Sicherheitspaktes stehen. Was die erste dieser Bemerkungen anlangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß die Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt worden ist, an dem, wie die französische Regierung in ihren Noten klar zum Ausdruck gebracht hat, die Verhandlungen über den Sicherheitspakt keine Aenderung vornehmen können. Was die Räumung der Kölner Zone und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Abrüstung Deutschlands betrifft, so erinnert die französische Regierung daran, daß es nur von Deutschland selbst abhängt, ihre Vereinigung durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu beschleunigen. Die französische Regierung kann sich in dieser Hinsicht nur auf die alliierte Note vom 30. Mai 1925 beziehen.

Die französische Regierung nimmt Vermerk davon, daß die deutsche Regierung mit ihr darüber einverstanden ist, daß die in dem deutschen Memorandum niedergelegten mündlichen Bemerkungen nicht so anzusehen sind, als ob sie zu Bedingungen oder Vorbehalten für die Konferenz führten.

•

Die englische Antwort.

Foreign Office, 29. September. 1925.

Sr. Majestät Regierung hat mit Befriedigung die Erklärung entgegengenommen, wonach die Reichsregierung den Vorschlag zu einer am 5. Oktober beginnenden Konferenz in Locarno angenommen hat. Sr. Maj. Regierung stellt mit Genugtuung fest, daß die Annahme ohne Vorbehalt erfolgt.

In Beantwortung der gleichzeitig von Ew. Exc. abgegebenen Erklärung beehre ich mich, von der Versicherung Ew. Exc. Vermerk zu nehmen, daß die darin aufgeworfenen Fragen keine Vorbedingungen für eine Zusammenkunft der Außenminister bilden. In der Tat stehen diese Fragen in keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen über einen Sicherheitspakt und haben keinen Teil des vorbereitenden Meinungsaustausches gebildet. Hinsichtlich des Teiles der Erklärung, der Deutschlands Eintritt in den Völkerbund betrifft, stellt Sr. Maj. Regierung mit Befriedigung fest, daß die deutsche Regierung keine Einwendung gegen die wesentliche Bedingung jedes Gegenseitigkeitspaktes erhebt.

Die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg wird durch den geplanten Pakt nicht aufgeworfen und Sr. Maj. Regierung vermag nicht zu erkennen, warum die deutsche Regierung es für angebracht gehalten hat, sie in diesem Augenblick aufzuwerfen.

Sr. Maj. Regierung muß bemerken, daß die Verhandlung über einen Sicherheitspakt den Vertrag von Versailles und ihr Urteil über die Vergangenheit nicht zu ändern vermag.

Hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone beehre ich mich, zu wiederholen, daß der Zeitpunkt der Räumung ausschließlich von der Erfüllung der deutschen Abrüstungsverpflichtungen abhängt, und daß Sr. Maj. Regierung die Erfüllung dieser Verpflichtungen begrüßen wird, weil sie den Alliierten die alsbaldige Räumung der nördlichen Zone ermöglichen wird.

Mit dem Ausdruck der ausgezeichneten Hochachtung usw.

Industrielle beim Reichskanzler.

Um die Bekämpfung der Kartellauswüchse.

Berlin, 29. September.

Wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, beriet der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie in einer Sitzung am 28. September über die Beschlüsse des Reichskabinetts in der Kartellfrage und die anschließenden Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums. Der Vorstand stellte für die weiteren Beratungen der Kartellstelle des Reichsverbandes Richtlinien auf, die bezwecken die volle Aufrechterhaltung des allgemeinen Vertrauens in die Stabilität der deutschen Währung im Sinne der wiederholten Darlegungen des Herrn Reichsbankpräsidenten. Wie hierzu noch weiter gemeldet wird, war der Vorstandssitzung des Reichsverbandes eine mehrstündige Besprechung beim Reichskanzler vorangegangen, an der neben den beteiligten Behörden für den Reichsverband Geheimrat Duisburg und Direktor Frohwein, ferner Vertreter des Reichsbankdirektoriums und für die Banken Herr Urbia teilgenommen haben.

Eingreifen der Franzosen bei Asdir.

Umgruppierung der Truppen Abd-el-Krims.

Eine Meldung des „Journal" aus Madrid besagt, daß der französische Kreuzer „Paris" in der Bucht von Melilla eingetroffen sei, wo er unverzüglich mit den anderen französischen Kriegsschiffen zusammentreffen werde, um gemeinsam mit den französischen Fliegern das Vorgehen der spanischen Abteilungen Perez und Saro gegen Ajdir zu unterstützen.

Nach einer Meldung der „Times" aus Tanger hat Abd-el-Krim im Hinblick auf die Gefahr, die ihm bei Ajdir droht, eine große Zahl von Dschebala-Kontingenten aus der Umgebung von Karrich im Bezirk von Tetuan zurückgezogen und sie mit der Unterstützung der Rifleute in dem von dem spanischen Vorrücken bedrohten Gebiet beauftragt.

Wie aus Marokko gemeldet wird, haben sich mehrere Stämme unter der Führung des Stammes Beni Ouzin geweigert, Abd-el-Krim Heeresfolge zu leisten.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF